

VOLKSZEITUNG

KORALMBAHN

Druck auf Wien

Die ÖVP kämpft weiter
für Kühnsdorf-Halt und
eigene Gütertrasse.

SEITE 9

SOZIALHILFE

Geld fürs Nixtun

Nach 4.600-Euro-Skandal
in Wien – wer wieviel in
Kärnten bekommt.

SEITE 10

DIE GANZE WAHRHEIT

Ein Windrad auf jedem Hügel!?

Gegner der Energiewende verbreiten Mythen
und Märchen – Experten klären auf.

SEITE 4



Jetzt: Mut für echte Reformen

Als ob es ein ungeschriebenes Gesetz wäre, heißt es in der Politik: Mit Sparmaßnahmen gewinnt man keine Wahlen. Zu sehr sei die Wählergunst an das Ausmaß der Zuwendungen gekoppelt. Wer mehr Geld verspricht, bekommt die Stimme. Sollte aber dennoch ein Spargedanke aufkommen, weiß praktisch jede Interessensgruppe, warum es in ihrem Feld keinesfalls Kürzungen geben darf.

Ein schwieriges Unterfangen also. Und trotzdem: Gerade jetzt braucht es den Mut, die Ausgaben des Landes kritisch zu durchleuchten. Das heuer budgetierte Minus fordert uns unmissverständlich dazu auf, wenn wir uns Spielräume für wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Heimat erhalten wollen.

Diesen Mut aufzubringen, heißt nicht, unpopuläre Sparpakete zu schnüren oder einen Kahlschlag auf Leistungen des Landes vorzubereiten. Mut bedeutet, Leistungen und Abläufe zu hinterfragen, ob sie noch zeitgemäß und effektiv sind.

Wenn der Spardruck hoch ist, ist es geboten Prozesse, die seit Jahrzehnten gleich ablaufen, zu hinterfragen: Geht es mit den Möglichkeiten im Jahr 2024 nicht rascher, besser und weniger kostenintensiv? In veraltete Systeme mehr Geld hineinzuwurfen, macht kein System besser, sondern nur teurer.

Mag. Markus Malle
ÖVP-Clubobmann

Strukturreform:

Budgetminus – das Land will jetzt sparen

Fast 500 Millionen Euro sind heuer als Minus des Landes budgetiert – eine Strukturreform muss her. Arbeitsgruppen erstellen derzeit Pläne.

„Ziel ist es, Kärnten budgetär so aufzustellen, dass es auch in Zukunft Freiräume für notwendige Investitionen gibt.“ Das sagt Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber mit Blick auf das Landesbudget für das laufende Jahr: über 492 Millionen Euro sind dort als angenommenes Minus

„Wir wollen keinen Kahlschlag, sondern die Strukturen sinnvoll anpassen – also nicht mit dem Rasenmäher drüberfahren.“

MARKUS MALLE

FAHRPLAN ZUM SPAREN:

- ✓ Bis Herbst erarbeiten die Fachabteilungen Vorschläge, wie in ihren Bereichen gespart werden kann.
- ✓ Ziel ist es, ein Potenzial an Einsparungen von 9 Prozent zu identifizieren.
- ✓ Dann entscheidet sich die Landespolitik, welche Maßnahmen umgesetzt werden.

festgeschrieben. Gruber: „Das ist ein klarer Auftrag, in Kärnten endlich Strukturreformen einzuleiten.“

„Bei fast einer halben Milliarde Abgang, können wir nicht weitermachen, wie bisher“, mahnt auch ÖVP-Clubobmann Markus Malle ein. Mit der SPÖ hat sich die ÖVP nun auf Maßnahmen verständigt, die das Budget entlasten. Derzeit tagen Arbeitsgruppen, um Sparpotenziale in der Landesverwaltung zu heben.

9 Prozent weniger

Ausgegebenes Ziel: In allen Bereichen sollen neun Prozent der derzeitigen Ausgaben als mögliche Sparmaßnahmen erarbeitet werden. „Die Fachabteilungen arbeiten bis Herbst Vorschläge aus, dann entscheidet die Politik“, so Gruber über die Vorgangsweise, „aber jedes Regierungsmitglied hat in seinen Referaten dazu einen Beitrag zu leisten.“

Entscheidend ist der Beitrag aller auch aus Malles Sicht: „Das

wir bei Einsparungen stets bestimmte Bereiche ausgenommen haben, hat uns die Situation geführt, in der wir heute sind.“

Kein Rasenmäher

Kahlschlag darf es im Land allerdings keinen geben. Nachhaltig soll die Reform werden. „Das heißt für mich: nicht nur schnelle Einmaleffekte und vor allem keine Taschenspielertricks“, sagt Gruber klar. Das kenne man aus früheren Regierungen. „Wir wollen keine Maßnahmen, die kurzfristig etwas vorgaukeln, aber dem Land langfristig teuer zu stehen kommen.“

„Wir wollen die Strukturen sinnvoll anpassen – nicht mit dem Rasenmäher drüberfahren“, sagt Malle. Am Ende des

Prozesses können also unterschiedlich hohe Einsparungen in unterschiedlichen Bereichen stehen. Für Gruber gibt klare Vorgaben aus: Es geht um einen langfristigen Dämpfungspfad, alle Bereiche sind zu durchforsten – sowohl Pflicht-, als auch Ermessens- und Personalausgaben. Außerdem leisten Landesgesellschaften Beitrag.

Abläufe durchforsten

Malle ist jedenfalls überzeugt, dass es „in allen Bereichen Sparpotenziale“ gibt. „Wenn etwas seit 15 Jahren gleich gemacht wird, muss man sich ansehen, ob der Ablauf noch zeitgemäß und effizient ist“, sagt er.

Zwar sollen Anträge und Akten in Papier weiter möglich sein, aber: „Wir müssen Prozesse von Anfang an digital planen“, so Malle. Und: „Es ist nicht digital, wenn ein Formular per Mail versendet wird, ausgedruckt und unterschrieben wird, um es dann wieder einzuscannen und weiterzuschicken.“ Das müsse komplett digital möglich sein.

Keine Bevorzugung

Insgesamt arbeiten die ÖVP-Vertreter an einer fairen Reform, die dem Land wieder Spielräume für wichtige Leistungen und In-

INFOBOX

So will die ÖVP sparen:

- ! Es muss einen langfristigen Dämpfungspfad, keine schnellen Einmaleffekte und keine Taschenspielertricks geben
- ! Alle Bereiche des Landes sind zu durchforsten – sowohl Pflichtausgaben als auch Ermessens- und Personalausgaben.
- ! Jedes Regierungsmitglied soll in seinen Referaten einen Beitrag leisten.
- ! Landesgesellschaften sollen ebenfalls bei den Sparmaßnahmen mitmachen.

vestitionen gibt. „Es soll niemand benachteiligt werden“, ist für Malle klar. „Bevorzugungen darf es aber auch keine geben.“ Damit spricht Malle ein Eigentümliches Schlupfloch für das Personal in bestimmten Bereichen an: „Wenn jemand im Krankenstand ist, bekommt er mehr Geld, als wenn er seinen Dienst versehen würde“, bringt Malle ein Beispiel. „Das ist unfair allen Arbeitenden gegenüber und muss deshalb unmöglich werden.“

Für ist klar, dass es im Land konkrete Maßnahmen mit langfristigen Effekt geben muss. „Welche das unterm Strich sind, werden wir am Ende des Prozesses sehen“, sagt er. Die Ziele stehen jedenfalls fest.



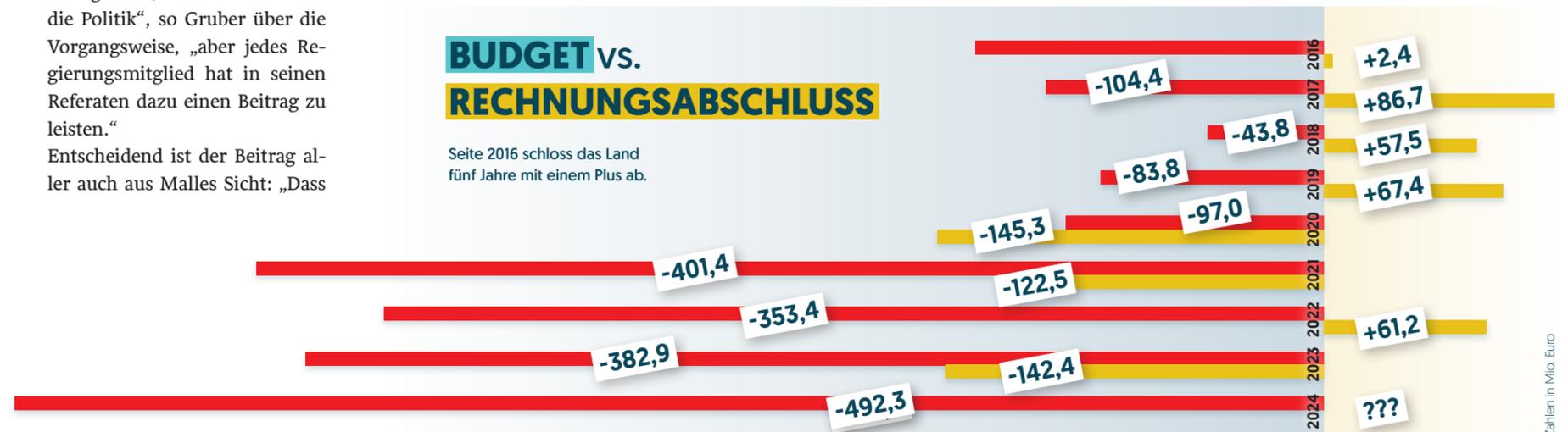
„Ziel ist es, Kärnten budgetär so aufzustellen, dass es auch in Zukunft Freiräume für notwendige Investitionen gibt.“

MARTIN GRUBER

BUDGET vs.

RECHNUNGSABSCHLUSS

Seite 2016 schloss das Land fünf Jahre mit einem Plus ab.





Energiewende:

Wir lassen Mythen und Märchen nicht zu!



„Es wird kein Zupflastern mit Windrädern oder Photovoltaik geben. Wir gehen behutsam mit Kärntner Boden um.“

MARTIN GRUBER

Der Landtag hat das Energiewende-Gesetz mit großer Mehrheit beschlossen. Erbitterte Gegner machen mit Mythen und Märchen dennoch Stimmung dagegen. Die ÖVP räumt damit auf.

Für Energie-Landesrat Sebastian Schuschnig steht fest: „Kärnten braucht die Energiewende.“ Die Ziele sind krisensichere Versorgung mit Energie, mehr Unabhängigkeit von Importen und Preisrallyes auf den Weltmärkten. „Bei Energiepolitik geht es um Verantwortung für den Standort Kärnten“, so Schuschnig.

Um das ganze Jahr Strom aus eigener Erzeugung zu haben, braucht Kärnten einen intelligenten Mix aus Erneuerbaren Energiequellen – aus Wasser, Sonne, Wind und Biomasse. Die Ener-

„Mit Mythen Angst zu verbreiten, ist verantwortungslos gegenüber unserem Bundesland und den nächsten Generationen.“

HERBERT GAGGL

Herbert Gaggl, FPÖ-Politiker, erklärt die Freiheitlichen stimmen dagegen und machen nun weiter Stimmung gegen die regionale Versorgung mit sauberer Energie. „Es ist unerträglich, welche Mythen und Märchen FPÖ-Politiker unter die Leute bringen, um Ängste zu schüren“, erinnert sich ÖVP-Landtagsabgeordneter Herbert Gaggl an Sitzungen in Ausschüssen und im Landtag. „Mehrere Male wurden Freiheitliche von Experten aufgeklärt und belehrt“, erzählt Gaggl, „das hält sie aber nicht davon ab, weiter Falsch-

giestrategie – sie soll im Laufe des Herbstes vorliegen – wird zeigen, wieviel Erzeugung Kärnten aus welcher Quelle benötigt.

Mythen und Märchen

Im Juli hat der Landtag das erste Kärntner Energiewende-Gesetz beschlossen – mit großer Mehrheit. Lediglich die Freiheitlichen stimmten dagegen und machen nun weiter Stimmung gegen die regionale Versorgung mit sauberer Energie.

informationen in die Welt zu setzen.“

Kein Wildwuchs

Klar ist nämlich: „Kärnten wird keinesfalls mit Windrädern oder auch Photovoltaik zugepflastert“, so Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber. „Wir werden weiter sorgsam mit Kärntner Boden und unserer Landschaft umgehen.“

Windkraft – ein Vergleich:

10.000 MEGAWATT-STUNDEN PRO JAHR

	PHOTOVOLTAIK	WINDRAD
Leistung	1 Megawatt pro Hektar	5 Megawatt pro Windrad
Volllaststunden	1.000 pro Jahr	2.000 pro Jahr
Benötigte Fläche	10 Hektar	0,2 Hektar
Das sind	ca. 14,3 Fußballfelder	ca. 0,3 Fußballfelder



„Das Energiewendegesetz bringt weniger Bürokratie, nicht weniger Schutz der Natur!“

SEBASTIAN SCHUSCHNIG



DIE GRÖSSTEN MYTHEN:

Mythos: Das Energiewende-Gesetz begünstigt Konzerne.

Tatsache ist: Das Gesetz ermöglicht die Steigerung der Eigenversorgung mit sauberer Energie. Unternehmer und Besitzer von Eigenheimen können leichter Strom für den Eigenbedarf erzeugen. Auch Landwirte können sich als Energiewirte ein weiteres Standbein aufzubauen – etwa durch Doppelnutzung von Böden für die Landwirtschaft und die Produktion von Strom.

Mythos: 500 Windräder auf Kärntner Bergen.

Tatsache ist: Dieses Gesetz legt keine Anzahl von Windrädern fest und es ermöglicht keine Windräder, die bisher nicht zugelassen wären. Erst die Energie-Strategie wird aufschlüsseln, wie viel Energie wir in Zukunft aus welcher Energiequelle – also Wasser, Sonne oder Wind – benötigen. Von 500 Windräder werden wir weit entfernt sein.

Mythos: Kärnten hat 100 Prozent Erneuerbaren Strom.

Tatsache ist: Über ein ganzes Jahr gesehen, produziert Kärnten so viel Strom, wie es braucht – allerdings nicht zu der Zeit, wenn er gebraucht wird. Im Sommer gibt es in der Regel ein Überangebot von Strom, im Winter-Halbjahr muss bis zu einem Viertel unseres Stroms importiert werden.

Mythos: Durch Energiesparen braucht es keine Energiewende.

Tatsache ist: Laut Prognosen verdoppelt sich bis 2050 der Stromverbrauch in Kärnten beinahe. Die Gründe: Digitalisierung, und der Wechsel von fossilen Energien zu Strom, etwa bei der Bahn. Mit ein bisschen Lichtausschalten ist der steigende Bedarf keinesfalls zu stemmen.

Mythos: Das Gesetz ermöglicht die Enteignung.

Tatsache ist: Niemand wird enteignet. Wie aus Wasserrecht oder Bauordnung bekannt ist, wird auch im Energiewende-Gesetz die vorübergehende Nutzung von Nachbarschaftsgrundstücken – etwa für Anlieferung – eingeräumt. Diese Nutzung darf aber das unbedingt notwendige Ausmaß nicht übersteigen. Der Eigentümer erhält eine Entschädigung für die Nutzung.

Mythos: Für die Energiewende müssen Stromkunden teure Netze zahlen.

Tatsache ist: Der steigende Energiehunger macht den Ausbau des Netzes nötig. Es geht um Versorgungssicherheit. Kärnten hat höhere Netztarife, weil hier – im Gegensatz zu Wien – weniger Haushalte auf engem Raum angesiedelt sind. Das macht längere Leitungen notwendig.

Mythos: Mit dem Ausbau von Erneuerbarer Energie wird Strom teurer.

Tatsache ist: Das genaue Gegenteil ist der Fall. Mehr Eigenversorgung macht unabhängiger von internationalen Märkten und Preisrallyes. Zudem ermöglichen Energiegemeinschaften regionale Eigenversorgung zu günstigeren Preisen.



ENERGIE IN KÄRNTEN:

Das sind die Fakten:

- ⚠ Kärnten ist massiv von Strom aus dem Ausland abhängig – bis zu einem Viertel muss importiert werden.
- ⚠ Der Bedarf an Strom verdoppelt sich beinahe bis 2050.
- ⚠ Nur Eigenproduktion von Energie sorgt für Versorgungssicherheit.
- ⚠ Regionale Energieproduktion macht uns von Importen unabhängig und hält Wertschöpfung in Kärnten.



„Sorgsamer Umgang mit Boden“

Was genau ermöglicht die neue Photovoltaik-Verordnung?

Martin Gruber: Wir gehen damit einen eigenen Kärntner Weg. Der Fokus der Verordnung liegt auf höherer Eigenversorgung, dem Wegfall von Widmungsverfahren und dem Schutz wertvoller Böden. Bei Anlagen bis 100 m² braucht man im eigenen Garten, auf Dächern, Parkplätzen oder Zäunen keine Widmung. Ebenso bei Anlagen, die der Eigenversorgung von Eigenheimen, Hofstellen oder Betrieben dienen.

Manche befürchten einen Wildwuchs in Kärnten...

Es wird kein Zupflastern geben. Wir forcieren PV auf belasteten Flächen wie Schottergruben, Steinbrüchen, Eisenbahn- und Seilbahn-Anlagen. Wir gehen weiter sorgsam mit Kärntner Boden um. Deshalb gibt es klare Regeln: PV-Anlagen im Grünland dürfen maximal 4 Hektar groß sein, müssen in der Nähe von existierender Infrastruktur sein und brauchen weiter Widmungsverfahren. Wertvolle Agrarflächen stehen für Freiflächen-PV nicht zu Verfügung.

Landwirte können dennoch PV-Anlagen errichten und nutzen?

Die Agri-PV kann ein zusätzliches Standbein für Landwirte als Energiewirte sein. Die Fläche darf der Landwirtschaft nicht entzogen werden, sondern es geht dabei um die Doppelnutzung – für Landwirtschaft und Energieproduktion, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden.

Sauberer Strom:

Meilensteine für die Energiewende

Das erste Energiewende-Gesetz und die Photovoltaik-Verordnung sind seit Mitte August in Kraft – weitere Meilensteine auf dem Kärntner Weg zur Eigenversorgung mit Erneuerbarer Energie stehen jetzt an.

Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und Landesrat Sebastian Schuschnig haben in Kärntens Energiepolitik die Kehrtwende vollzogen. Ermöglichen statt Verhindern, lautet das Credo. Und: Erste Meilensteine sind bereits erreicht.

Nach einem Landtagsbeschluss mit breiter Mehrheit ist das erste Energiewende-Gesetz in Kraft. Und auch die neue Photovoltaik-Verordnung ist seit Mitte August wirksam. Das Ziel ist klar: „Kärnten soll ganzjährig seinen eigenen Strom erzeugen können“, sagt. Energiereferent Schuschnig. „Dafür brauchen wir alle Erneuerbaren Energiequellen – Wasser, Sonne, Wind und Biomasse.“ Die Energiewende ist entscheidend für die Versorgungssicherheit in Kärnten.

Nächste Schritte

Mit den ersten Beschlüssen ist der Weg allerdings noch nicht zu Ende. Im Herbst folgt die Energiestrategie als Planungsinstrument, 2025 soll es Regeln für größere Anlagen und das zweite Gesetzespaket geben. „Kärnten überweist jedes Jahr große Summen für Energie-Importe ins Ausland“, sagt ÖVP-Energiesprecher Robert Köfer. „Mit mehr regionaler Produktion von sauberer Energie halten wir auch die Wertschöpfung im Land.“ So können mit den neuen Regeln Landwirte

auch als Energiewirte tätig werden, und: Energiegemeinschaften machen jeden Konsumenten als Mitglied auch zum Produzenten.

Für den Standort

Bisherige und kommende Schritte zur Energiewende verfolgen eine klare Intention: „Ich erwarte mir, dass eine deutliche Ausbau-Dynamik in Gang kommt, die unser Bundesland als Standort Kärnten dringend braucht“, so Gruber.



„Regionale Produktion von sauberem Strom bringt Wertschöpfung.“

ROBERT KÖFER



DER WEG ZUR UMSETZUNG:



3 Fragen an...

„Es geht um Eigenversorgung“



Warum braucht Kärnten die Energiewende? Sebastian Schuschnig: Das Ziel ist, Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Dafür müssen wir einen möglichst hohen Grad an Eigenversorgung erreichen. Da der Energiebedarf steigen wird, haben wir einen ehrlichen Ansatz in der Debatte: Mit ein bisschen Stromsparen und ein wenig Photovoltaik auf unseren Dächern werden wir den steigenden Bedarf an Energie nicht decken. Deshalb war die Kehrtwende in der Energiepolitik nötig: Vom Verhindern zum Ermöglichen.

Was genau wird jetzt möglich?

Das Energiewende-Gesetz dient vor allem der Beschleunigung und Vereinfachung. Wer eine Energieanlage bauen möchte, erhält schneller eine rechtsverbindliche Antwort. Und durch höhere Schwellenwerte sind etwa die Hälfte der Genehmigungsverfahren nicht mehr nötig. Der Bürokratie-Abbau erhöht die Ausbau-Dynamik in Kärnten – das ist dringend nötig.

Was sind die nächsten Schritte?

Das Energiewende-Gesetz und die PV-Verordnung sind in Kraft. Im Herbst liegt die Energie-Strategie vor – als tatsächliches Planungsinstrument, wieviel Energie Kärnten aus welcher Energiequelle benötigt. Im nächsten Jahr folgen die Regeln für große Energie-Anlagen.



Ab Jänner 2025:

Leichtere Hilfe für leistbares Wohnen

Kärnten stellt Wohnbeihilfe neu auf: Mehr Unterstützung für mehr Menschen im Land. Und: Auch Besitzer von Eigenheimen erhalten Hilfe.

Ab Jänner gibt es in Kärnten mehr Hilfe für Menschen, die sich das Grundbedürfnis Wohnen kaum mehr leisten können. „Wir setzen die Wohnbeihilfe neu auf“, verkündet ÖVP-Clubobmann Markus Malle. In einem Jahr Arbeit haben Vertreter der ÖVP mit Koalitionspartner SPÖ das Maßnahmenpaket ausgearbeitet.

ÖVP-Wohnbausprecher Herbert Gaggl: „Mehr Menschen in Kärnten

bekommen höhere Unterstützung.“ Durch die neuen Regeln – das Land hat die Einkommensgrenzen angehoben – rechnet man mit 42.000 Menschen, die von der Wohnbeihilfe profitieren können.

Hilfe bei Eigenheim

„Erstmals können auch Personen mit Wohneigentum Unterstützung beantragen, wenn hohe Betriebskosten für finanzielle Probleme sorgen“, so Malle. Statt wie bisher 180 Euro fürs Heizen im

Jahr, gibt es – etwa für jemanden mit Mindestpension – ab 2025 monatlich rund 109 Euro, um die Betriebskosten stemmen zu können.



„Mit der neuen Wohnbeihilfe bekommen mehr Menschen eine höhere Unterstützung.“

HERBERT GAGGL

Ein Anliegen war ÖVP und SPÖ auch die Unterstützung von Familien. Kinder werden besonders berücksichtigt, die Einkommensgrenze pro Kind um 200 Euro angehoben. Wer mit einem Nettoeinkommen von 1.800 Euro allein zwei Kinder erzieht, hat künftig Anspruch auf 325 Euro Wohnbeihilfe pro Monat.

WOHNBEIHILFE NEU:

- ✓ Neue Wohnbeihilfe bringt bis zu 500 Euro im Monat.
- ✓ Die tatsächliche Höhe hängt vom Einkommen ab.
- ✓ Unterstützt werden 50 Quadratmeter für Einzelperson.
- ✓ Für jede weitere Person im Haushalt kommen 10 Quadratmeter hinzu.
- ✓ Auch bei Eigenheimen Unterstützung für Betriebskosten möglich.
- ✓ 42.000 Berechtigte in Kärnten durch höhere Einkommensgrenzen.
- ✓ Einreichung in Papierform und übers Internet.
- ✓ Gültig ab Jänner 2025.

Einfacherer Antrag

Leichter zugänglich wird die Wohnbeihilfe ebenfalls. „Wir haben mehrere Hilfsprogramme zusammengeführt“, so Gaggl. „Damit ist nur mehr ein Antrag nötig, der auch nur einmal geprüft wird.“ Und: Alles wird digital funktionieren. Wer Anspruch hat, kann alles übers Internet abwickeln. Gaggl ergänzt: „Wer seinen Antrag lieber in Papierform einreicht, kann das selbstverständlich auch weiterhin tun.“

Koralmbahn:

Der Zug muss Halt machen!

Südkärnten profitiert nur, wenn die Züge auch stehen bleiben! ÖVP kämpft für den IC-Halt in Kühnsdorf – Petition an Ministerin Gewessler übergeben.



„Mehrere Gutachten bestätigen, dass ein Halt in Kühnsdorf möglich wäre.“

SEBASTIAN SCHUSCHNIG

ÖVP-Vertreter machen weiter Druck, damit es einen Halt der Hochleistungsbahn in Kühnsdorf gibt. Bisher wiegelt man in Wien ab – mit Ausflüchten, dass der IC-Halt zeitlich nicht machbar sei. „Wir werden nicht locker lassen“, verspricht ÖVP-Mobilitätssprecher Hannes Mak.

Und Mak schreitet auch zur Tat: Einen Besuch von Ministerin Leonore Gewessler in Südkärnten nahm er zum Anlass:

Gemeinsam mit Bürgermeister-Kollegen aus der Region hat Mak eine Petition an die Ministerin übergeben und damit die Forderung erneut untermauert.

Gutachten: Halt machbar

Die Wiener Ausreden lehnt auch Verkehrslandesrat Sebastian Schuschnig ab: „Mehrere Gutachten be-

stätigen, dass der Halt möglich ist“, so Schuschnig. Im Landtag hat er bereits mehrere Male dazu Stellung genommen – und mehr als das. „Wir haben unsere Bereitschaft zu einer Investition erklärt, sollte der Bahnsteig verlängert werden müssen“, erklärt Schuschnig.

„Wir akzeptieren keine Ausflüchte und kämpfen weiter für den IC-Halt in Kühnsdorf.“

HANNES MAK

Ein Nein wollen Kärntner ÖVP-Vertreter jedenfalls nicht gelten lassen. Mak: „Südkärnten kann von der Koralmbahn nicht profitieren, wenn die Züge an der Region vorbeirauschen.“ Auch in Zukunft werde man nicht unversucht lassen, um ÖBB und den Bund zu einem Umdenken zu bewegen.

Umfrage zu Laborfleisch



90% gegen Konsum

82% für Verbot

78% Bedrohung für die heimische Landwirtschaft

72% gehen von gesundheitlichen Risiken aus

Nein zu Laborfleisch

Befragung bringt klares Ergebnis: Neun von zehn Kärntnern lehnen Fleisch aus dem Reagenzglas ab.

Kärntner erteilen dem Fleisch aus dem Labor eine klare Absage – das ergab eine Befragung im Auftrag des Agrarreferates Kärnten. Demnach lehnen 90 Prozent der Befragten den Konsum von Laborfleisch ab und 82 Prozent wollen sogar ein komplettes Verbot des künstlich hergestellten Lebensmittels. Damit hat sich die Erwartung von Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber bestätigt. Schon im Vorfeld

zeigte er sich skeptisch gegenüber Umfragen, die eine Mehrheit für Laborfleisch auswies.

Einstimmiges Nein

Auch im Landtag wurde das Thema auf Antrag der ÖVP behandelt – bereits im April gab es ein einstimmiges Nein zu Laborfleisch. „Wir müssen den echten heimischen Lebensmitteln Vorrang geben“, sagt

ÖVP-Abgeordnete Stefanie Ofner. „Unsere Landwirte sorgen für hochwertiges Fleisch – da weiß jeder, was er bekommt.“

Gruber und Ofner fühlen sich durch die Befragung bestätigt – auch im Sinne der Landwirtschaft.



„Konsumenten sind wichtige Verbündete der Bauern.“

STEFANIE OFNER



Petition: Gemeinsam mit Bürgermeister-Kollegen übergibt Hannes Mak die Forderung an Ministerin Gewessler



Sozialhilfe

Wieviel Geld soll es fürs Nix tun geben?

Skandal in Wien: Familie ohne Arbeit erhält 4.600 Euro Sozialhilfe. In Kärnten wäre das deutlich weniger – trotzdem muss sich vieles ändern.

Die Empörung wundert nicht: Eine syrische Familie in Wien bekommt im Monat 4600 Euro für zwei Erwachsene und sieben Kinder. Sozialhilfe – einer Arbeit gehen sie nämlich nicht nach. Nach Bekanntwerden dieser Summe, die die wenigstens arbeitenden Eltern monatlich auf ihrem Konto haben, gingen die Wogen in ganz Österreich

hoch. Doch damit nicht genug: Würde der SPÖ-Chef Andreas Babler sein Modell für soziale Unterstützung umsetzen, würde besagte Familie sogar über 2.000 Euro mehr bekommen, nämlich: satte 6.800 Euro – das rechnet die Kronenzeitung vor. Babler rechnet für sein Modell mit Mehrkosten von jährlich 1,7 Milliarden Euro für den österreichischen Staat. Problem scheint er damit keines zu haben.

Viel weniger in Kärnten

In Kärnten wäre so ein Fall wie in Wien nicht möglich. Mehrere Medien berichten, dass so eine Großfamilie in unserem Bundesland maximal 3.075 Euro erhalten könnte. Deutlich weniger, allerdings noch immer eine stattliche Summe. Deshalb: „Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Menschen, die jeden Tag ihre Leistung bringen, nicht schlechter dastehen als Empfänger der Sozialhilfe“, sagt ÖVP-Abgeordneter Hannes Mak. „Wer seinen Beitrag zu unserer Gesellschaft leistet, darf nicht bestraft werden.“

Anreiz für Leistung

In der Sozialhilfe muss sich nach Sicht

„Unerträglicher Zynismus“ Gewand von Geschwistern tragen für Hacker "Mittelalter"

Dass Kinder abgetragenes Gewand von älteren Geschwistern tragen müssen, sei "echtes Mittelalter", findet SPÖ-Sozialstadtrat in Wien, Peter Hacker.

Von Nicolas Kubrak
07.08.2024, 14:05



SPÖ-Sozialstadtrat Peter Hacker holte in einem Interview zu einem Rundumschlag aus.

Luxus-Hacker in Höchstform: Für den Wiener Sozial-Stadtrat Peter Hacker ist das Nachtragen von Kleidung offenbar auch für Sozialhilfe-Empfänger ohne Job nicht zumutbar – wie Heute im Internet berichtet

einiges ändern – wie die Bundes-ÖVP fordert: Voller Bezug erst nach fünf Jahren Aufenthalt, Staffelung der Summe pro Kind für Familien mit mehreren Kindern und mehr Sach- statt Geldleistungen.

Doch nicht nur in der Sozialhilfe sieht die ÖVP-Änderungsbedarf. Auch in anderen Bereichen fehle der Anreiz, einer geregelten Arbeit nachzugehen, wie Mak überzeugt ist. Deshalb hat die ÖVP im Kärntner Landtag mehrere Initiativen gestartet, um Leistung einzumahnen – von degressivem Arbeitslosengeld bis zur Arbeitspflicht für Asylwerber. „Wer sich nicht

„Ich halte es für einen unerträglichen Zynismus, dass die Spätergeborenen das abgetragene Gewand von den älteren Geschwistern tragen sollen.“

SPÖ-Sozialstadtrat Peter Hacker verteidigt in einem "Krone"-Interview den Wiener Weg

Babler-Modell

6.790 €

Eltern: 1.720 Euro
Pro Kind: 367 Euro
Gegen Armutsgefährdung, pro Kind: 312 Euro
Mietbeihilfe: 995,50 Euro
2 Erwachsene, 6 bezugsberechtigte Kinder: 6.790 Euro

(Berechnung: Kronenzeitung)

Wien

4.588 €

Eltern: 1.720 Euro
Pro Kind: 312 Euro
Mietbeihilfe: 995,50 Euro
2 Erwachsene, 6 bezugsberechtigte Kinder: 4.588 Euro

(Quelle: Kleine Zeitung, Kronenzeitung)

Kärnten

3.075 €

Pro Erwachsenen: 809,09 Euro
Pro Kind: 242,17 Euro
2 Erwachsene, 6 bezugsberechtigte Kinder: 3.075 Euro

(Berechnung: Kronenzeitung)

selbst helfen kann, dem müssen wir helfen“, sagt Mak, aber: „Wer kann, muss seinen Beitrag zur Gesellschaft leisten – Solidarität ist keine Einbahnstraße.“

Bei Unwettern:

Hab und Gut schützen!

ÖVP kämpft weiter für eine Möglichkeit, Eigentum gegen Unwetter-Schäden zu versichern.

Auch diesen Sommer suchten Unwetter unser Bundesland heim – mit teils verheerenden Schäden am Eigentum der Kärntnerinnen und Kärntner. „Menschen stehen nach Gewittern oft vor den Trümmern ihrer Existenz“, weiß ÖVP-Sicherheitssprecher Michael Maier. „Deshalb fordern wir eine Möglichkeit, Hab und Gut zu versichern.“

Die ÖVP-Vertreter im Landtag haben bereits ein Konzept vorgelegt – die Versicherung von Unwetter-Schäden soll in die Feuerversicherung integriert werden. ÖVP-Clubobmann Markus Malle: „Damit bleibt die Versicherung weiterhin freiwillig. Wer sich aber versichert, kann sich auch auf den Schutz nach Unwettern verlassen.“



„Wir kämpfen weiter für eine Versicherung gegen Unwetter-Schäden – sie soll solidarisch von möglichst vielen getragen sein.“

ÖVP-Sicherheitssprecher
MICHAEL MAIER

Um eine Umsetzung zu ermöglichen, muss das Versicherungsgesetz auf Bundesebene geändert werden. Erste Gespräche in Wien hat es bereits gegeben. „Nachdem der August gezeigt hat, dass

auch Wien nicht immun gegen Unwetter ist“, versprechen Malle und Maier: „Wir werden nicht locker lassen, weil zunehmend verheerende Wetterextreme in ganz Österreich drohen

Überzeugt zeigen sich die ÖVP-Vertreter, dass es für Unwetterschäden eine Lösung geben muss, die von möglichst vielen solidarisch getragen wird. Klar ist nämlich: Über 90 Prozent der Besitzer eines Eigenheims haben eine Feuerversicherung – die Integration von Unwetterschäden, würde die Prämie – Experten zufolge – um nur wenige Euro pro Monat verteuern.

VORSORGE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT

- Für die Landwirtschaft gibt es ein Versicherungspaket gegen Unwetter-Schäden.
- Land und Bund übernehmen 55 Prozent der Versicherungsprämie.
- Das Landesanteil beträgt für das Jahr 2024 4,3 Millionen Euro.
- 5.500 landwirtschaftliche Betriebe in Kärnten profitieren von dieser Vorsorge.

DEGRESSIVES ARBEITSLOSENGELD

Wer seinen Job verliert, soll in den ersten Monaten mehr Geld bekommen als die derzeitigen 55 Prozent des Letztbezuges. Damit wäre man nach dem Jobverlust abgesichert. Die Unterstützung soll sich nach den ersten Monaten so reduzieren, dass nach einem halben Jahr weniger Geld bleibt als bisher. Das Ziel des Antrags der ÖVP im Landtag: Einen Anreiz schaffen, wieder einer Erwerbsarbeit nachzugehen.



„Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Menschen, die jeden Tag ihre Leistung bringen, nicht schlechter dastehen als Empfänger der Sozialhilfe.“

HANNES MAK

Wir schützen Kärnten weiter vor dem Wolf!

Kärnten gilt international als Vorbild beim Umgang mit Risikowölfen. EU-Urteil hat keine Auswirkungen auf Kärntner Praxis.

Seit Beginn der heurigen Almsaison ist in Kärnten das Alm- und Weideschutz-Gesetz in Kraft – so hat es der Landtag einstimmig beschlossen. Das Ziel: die Anzahl an Tierrissen durch den Wolf weiter zu reduzieren.

Die bisherigen Erfolge beim Schutz vor den Wolf bringt Kärnten sogar in internationale Medien. Zuletzt berichtete man in Südtirol über Kärnten als Vorbild und Vorreiter. „Wir werden an unserer Praxis festhalten, zum Schutz der Bevölkerung und der Landwirtschaft“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber.

Schutz vor Risikowölfen

Auch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs ändert am Vorgehen in Kärnten nichts. Dies hat nämlich das Verbot einer allgemeinen Wolfsbejagung bekräftigt. „Diese Entscheidung hat keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Wolfsmanagement in Kärnten“, stellt Gruber erneut klar.

Die Kärntner Praxis ist nämlich keine Jagd auf Wölfe, sondern es geht um die gezielte Einzelentnahme von Tieren, wenn sie eine Bedrohung für Menschen und Nutztiere darstellen. Gruber: „Dass gewisse Kriterien erfüllt sein müssen, um trotz Schutzstatus eine Entnahme zu erlauben, wird in Kärnten auch bisher so gehandhabt.“ Eine begründete Entnahme von Wölfen stellt der europäische Gerichtshof nicht infrage.



„Wir werden an unserer bewährten Praxis von Einzelentnahmen festhalten, zum Schutz von Bevölkerung und Landwirtschaft.“

MARTIN GRUBER



WOLF IN KÄRNTEN:

- ❗ Im Jahr 2023 haben Wölfe in Kärnten 133 Schafe gerissen. 270 Tiere waren vermisst.
- ❗ Experten rechnen mit einem Rückgang der Schadfälle durch das beschlossene Alm- und Weideschutz-Gesetz.
- ❗ In Kärnten gibt es 1.837 Almschutzgebiete – sie sind im Gesetz vorgesehen.
- ❗ Das EU-Verbot der Wolfsjagd hat auf das Wolfsmanagement in Kärnten keine Auswirkungen. Begründete Entnahmen von Risikowölfen sind weiter möglich.

Rascher handeln

Ein wesentlicher Hebel für den Schutz vor Wölfen ist das neue Alm- und Weideschutz-Gesetz, da kein Schaden entstanden sein muss, bevor man eingreifen kann. „Jägern ist es erlaubt, einen Wolf nach der ersten unmittelbaren Bedrohung zu entnehmen“, erklärt ÖVP-Landwirtschaftssprecherin Stefanie Ofner. „Wir müssen nicht mehr warten, bis ein Wolf eine gewisse Anzahl an Nutztieren getötet hat.“

Insgesamt beteuert Ofner die Notwendigkeit des Alm- und Weideschutz-Gesetzes: „Der Wolf hat keinen Platz auf unseren Almen“, sagt sie klar. „Nur durch wirksamen Schutz vor diesem Raubtier, können wir unsere Almwirtschaft erhalten.“

„Das Alm und Weideschutz-Gesetz erlaubt es Jägern, bei der ersten unmittelbaren Bedrohung einzugreifen – also, bevor es zu Rissen von Nutztieren kommt.“

STEFANIE OFNER



Anti-Drogen-Diskussion:

Drogen in Kärnten: Hinsehen und handeln!

ÖVP fordert mehr Anstrengung beim Kampf gegen das Kärntner Drogenproblem – eine Anti-Drogen-Enquete soll das Thema wieder ins Zentrum rücken.

Gerade zum Schulbeginn ist Kärnten reich an Warnsignalen, wenn es um illegale Substanzen geht. Schließlich hat Kärnten nach Wien das größte Drogenproblem in Österreich. „Experten schlagen seit Jahren Alarm“, bringt es ÖVP-Clubobmann Markus Malle auf den Punkt. „Drogenkonsumenten werden immer jünger – bereits jeder Dritte gibt zu, etwas probiert zu haben.“

Deshalb will Malle mit den ÖVP-Abgeordneten das Thema wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. „Gerade in der Schule müssen wir die Jugendlichen erreichen“, ist er überzeugt. Einmal mehr fordert er, dass umfassende Maßnahmen zur Prävention in den Unterricht integriert werden. „Die Suchtkoordinationsstelle gibt fast 90 Prozent ihres Budgets für die Behandlung von bereits Abhängigen aus“, kritisiert Malle. „Wir müssen alles daran setzen, dass junge Kärntner erst gar nicht in die Sucht abgleiten.“

Prävention an Schulen

Erreichen will Malle das mit einem Schulterschluss mit den Schuldirektoren. Sein Appell: „Öffnen wir doch die Schulen für die Experten – es muss jedem Jugendlichen klar



„Wir dürfen das Drogenproblem nicht ignorieren – bei einer Enquete will ich mit Experten mögliche Maßnahmen diskutieren.“

MARKUS MALLE

sein, wie gefährlich diese Substanzen sind.“

Dem pflichtet auch ÖVP-Gesundheitssprecher Ronny Rull bei. „Man muss nicht Jahre in der Abhängigkeit verbringen, um Folgen zu riskieren“, stellt Rull klar. „Gerade bei jungen Menschen kann das Gehirn massiven Schaden nehmen – auch bei gelegentlichem Konsum gewisser Substanzen.“ Verheerende Folgen hat es auch bereits nach dem ersten Probieren gegeben.



„Wir brauchen mehr Prävention – den jungen Kärntnern muss klar sein, welche Risiken sie mit dem Konsum von Drogen eingehen.“

RONNY RULL

Enquete im Landtag

Einig sind sich die ÖVP-Abgeordneten, dass der Kampf gegen die Drogensucht eine gesellschaftliche Aufgabe ist. „Wir sind alle gefordert, hinzusehen und die Jungen davor zu bewahren, dass sie ihr Leben ruinieren“, so Malle. Deshalb werden sie in der Oktober-Sitzung eine Enquete beantragen. „Wir wollen mit Experten in den Austausch treten und Maßnahmen gegen das Drogenproblem erörtern“, so Malle. Entscheidend allerdings: „Wir dürfen nicht wegsehen – wenn wir unsere Köpfe in den Sand stecken, haben wir den Kampf gegen die Drogen bereits verloren.“

IM LANDTAG:

- ❗ ÖVP wird im Oktober Anti-Drogen-Enquete im Landtag beantragen.
- ❗ Jede im Landtag vertretene Partei lädt einen Experten zu dieser Diskussionsveranstaltung.
- ❗ Gemeinsam mit der Landespolitik werden Maßnahmen erörtert.



Abgeordnete auf Tour...

Land auf, Land ab – von Ost nach West sind unsere Abgeordneten unterwegs. Hier einige Blitzlichter unserer Abgeordneten!



Rund 8.000 junge Sportler kamen zu den United World Games nach Klagenfurt: Landesrat Sebastian Schuschnig und Landtagsabgeordneter Herbert Gaggl bei der Eröffnungsfeier mit Gästen



Beim 140-Jahr-Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr von Feistritz an der Gail: Kommandant Alexander Möderndorfer, Michael Rohr, Landtagsabgeordneter Ronny Rull, Bürgermeister Dieter Mörtl und Christian Hecher



Saisonauftritt beim Wein-Buschenschank Maltschnig in Lebmach bei Liebenfels: Landesrat Sebastian Schuschnig, Bundesrätin Sandra Lassnig, Gemeinderätin Kessia Keutschacher und Weinbauer Christoph Maltschnig

Tolle Leistungen der Feuerwehren aus dem Bezirk Spittal bei den Bezirkswerben: Landtagsabgeordneter Michael Maier, Bezirksfeuerwehrkommandant Kurt Schober, Christian Göckler und Hannes Daborer



Exporttag der Wirtschaftskammer Kärnten und Kärntner Raiffeisenbanken: WK-Direktor Meinrad Höfferer, Leiterin der Außenwirtschaft Hemma Kircher-Schneider und Clubobmann Markus Malle
© Hannes Krainz



Einweihung des neuen Hauses der Begegnung in Maria Rain: Bürgermeister Franz Ragger, Nationalrätin Elisabeth Scheucher-Pichler, Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber, Pfarrer Ulrich Kogler, Monat-Chefredakteurin Daniela Hofer und Clubobmann Markus Malle



Bezirksmusikertreffen in Arriach: Landtagsabgeordnete Stefanie Ofner mit Christopher Zuder, Hubert Warmuth, Roswitha Reiner, Manfred Vidmar, Gerald Ebner und Klaus Glanznig



Verleihung Anerkennungspreis in Silber für das Gemeinschaftshaus in St. Stefan im Gailtal: Landtagsabgeordneter Ronny Rull mit Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaubig und den Vertretern der Feuerwehr, Gemeinde und dem Architekturbüro



Buschenschank-Tour macht Station in Millstatt: Bürgermeister Martin Lackner und Alexander Thoma, Landesrat Sebastian Schuschnig, Hausherr Gustav Unterlerchner, Landtagsabgeordneter Michael Maier, Clubobmann Markus Malle und Nationalrat Gabriel Obernosterer

10-Jahr-Jubiläum der Tagesstätte St. Stefan: Amtsleiter Christian Enzi, Landtagsabgeordneter Ronny Rull und Margit Perkonigg



Ehrung für 35 Jahre Sommerurlaub am Kollehof: Landtagsabgeordneter Herbert Gaggl und Bürgermeister Gernot Bürger mit Familie Lipp und den Gastgebern Astrid und Leo Brunner



Auftakt des Friesacher Spectaculums in Friesach: Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber und Stadtrat Ewald Grün



20. Fischfest in Feld am See: Landtagsabgeordnete Stefanie Ofner mit Nationalrat Peter Weidinger und Ehrengästen



Bester Tischlerlehrling kommt aus Eberndorf: Landesrat Sebastian Schuschnig, Geschäftsführer Josef Erschen, Lehrling Klemens Reinfried, Geschäftsführer Johann Erschen, Birgit Erschen und Landtagsabgeordneter Hannes Mak



Eröffnung der Ortsdurchfahrt in Latschach: Landtagsabgeordnete Stefanie Ofner mit Bürgermeister Christian Poglitsch und Nationalrat Peter Weidinger

8. Sommerfest der ÖVP in Gallizien: Landeshauptmann-Stellvertreter Martin Gruber, Landtagsabgeordneter Hannes Mak und Nationalrat Johann Weber





gabriel-obernosterer.at



Kantig. Kraftvoll. Obernosterer



VORZUGSSTIMME
hinschreiben →